SPD
Bundesschiedskommission
Entscheidung
In dem Parteiordnungsverfahren
2/2022/P

auf Antrag

des **SPD Kreises** [...],

vertreten durch den Kreisvorstand, dieser vertreten durch den Kreisvorsitzenden [...] und die stellvertretende Kreisvorsitzende [...]

Antragsteller und Berufungsgegner -

gegen

[...]

Antragsgegner und Berufungsführer -

hat die Bundesschiedskommission am 13. Januar 2023 unter Mitwirkung von

Dr. A. Thorsten Jobs, Vorsitzender,
Rosanna Sieveking, Stellvertretende Vorsitzende,
Heike Werner, Stellvertretende Vorsitzende,

für Recht erkannt:

Die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission des Landesverbandes [...] vom 28. April 2022 wird zurückgewiesen.

Es wird festgestellt, dass der Antragsgegner nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist.

Gründe:

I.

Das Berufungsverfahren betrifft einen durch die erstinstanzliche Schiedskommission verhängten Parteiausschluss eines SPD Mitglieds, das sich als Einzelbewerber gegen die von der zuständigen Parteigliederung der SPD bereits beschlossene Nominierung eines anderen Kandidaten bei den Wahlen zum [...] von [...] um ein Mandat bewarb und auch bei der [...]wahl [...] kandidieren will.

Der im Jahre 1956 geborene und in [...] wohnhafte Antragsgegner ist ein Diplom-Physiker. Er ist seit dem Jahre 1976 Mitglied der SPD. Er gehört dem Landesverband [...] an und ist im SPD-Kreis [...] in der dortigen [...] organisiert. Er ist politisch ehrenamtlich aktiv tätig. Derzeit übt er keine Parteifunktionen aus. Die [...] gehört zum [...]wahlkreis [...]. Letzterer gehört zum Wahlkreisverband [...].

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag im Jahr 2017 versuchte der Antragsgegner, sich um ein Abgeordnetenmandat im Bundestagswahlkreis [...] zu bewerben. Bei der Wahlkreiskonferenz der SPD [...] wurde mit großer Mehrheit [...] als „SPD-Kandidat“ gewählt. Der Antragsgegner erhielt fünf Stimmen. Der Antragsgegner versuchte daraufhin, unter dem Kennwort „Unabhängig ohne Partei-Konzerne“ als Einzelbewerber für die Bundestagswahl 2017 zugelassen zu werden, und reichte seine Bewerbung beim staatlichen Wahlausschuss ein. Weil er nicht die notwendigen Unterstützerunterschriften vorweisen konnte, wurde er nicht als Einzelbewerber zur Bundestagswahl zugelassen. Der Antragsteller leitete daraufhin ein Parteiordnungsverfahren gegen den Antragsgegner ein, dass vor der Kreisschiedskommission am 9. April 2018 mit einem Vergleich beendet wurde. Der Antragsgegner und der Antragsteller verpflichteten sich darin allgemein zu einem demokratischen Verfahren der politischen Willensbildung sowie zu einem fairen Umgang miteinander bei der Bewerbung um öffentliche Ämter oder Mandate. Der Antragsgegner verpflichtete sich „in Zukunft nicht gegen eine vom Antragsteller beschlossene Nominierung für ein öffentliches Amt oder Mandat zu kandidieren.“ Wegen der Einzelheiten wird auf das Protokoll der mündlichen Verhandlung der Kreisschiedskommission vom 19. April 2018 Bezug genommen.

Bei der Wahl zum [...] 2021 bewarb sich der Antragsgegner im Wahlkreis [...] als Einzelbewerber. Für diese Wahl hatte die SPD [...] am 13. Februar 2021 auf einer Delegiertenversammlung mit großer Mehrheit den Genossen [...] nominiert. Der Antragsgegner hatte auf dieser Versammlung nicht kandidiert. Der Bezirkswahlausschuss ließ in der Sitzung vom 28. Juli 2021 im Wahlkreis 3 [...] auf den Wahlkreisvorschlag der SPD zu. Auch der Antragsgegner wurde als "Wahlkreisvorschlag vom Einzelbewerber [...] zur Wahl des [...] von [...] zugelassen. Er hatte ausreichende Unterstützerunterschriften vorzuweisen. Der Antragsgegner plakatierte im Wahlkreis einen Wahlauf Ruf zu seinen Gunsten als Wahlkreiskandidat. Er stellte sich dort als „Initiative gegen Parteifilz- für mehr Demokratie [...] dar und bezeichnete sich als seit „45 Jahren filzfreier, unabhängiger Sozialdemokrat“. Das Plakat hatte unter anderem folgende Aufschrift: „Meine Meinung: Die Parteipolitiker kann man in der Pfeife rauchen, wegen ihrer vielen Privilegien“. Bei der Wahl zum [...] von [...] 2021 wurde als Wahlkreisabgeordneter [...] (SPD) mit einem Stimmenanteil von 29,2 % der Erststimmen gewählt. Der Antragsgegner erhielt 0,9 % der Stimmen.

Bereits mit Antrag vom 26. August 2021 beantragte der Kreisvorstand des Antragstellers bei der Kreisschiedskommission die Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens gegen den Antragsgegner. Die Kreisschiedskommission des Kreises [...] hat auf Grundlage einer mündlichen Verhandlung mit Entscheidung vom 15. Dezember 2021 den Antragsgegner aus der SPD ausgeschlossen. Zur Begründung der Entscheidung führt sie im Wesentlichen aus:

Der Antragsgegner sei wegen seiner unsolidarischen Kandidatur als Einzelbewerber bei der [...] -wahl gegen die von der zuständigen Parteigliederung bereits beschlossene Nominierung eines anderen Genossen für ein öffentliches Mandat aus der SPD auszuschließen. Die Kandidatur sei mit § 6 Abs. 1 c des Organisationsstatuts unvereinbar und stelle einen schweren und vorsätzlichen Verstoß gegen die Statuten der Partei dar. Der für den Parteiausschluss erforderliche schwere Schaden liege ebenfalls vor. Der Antragsteller habe sich auf seinen Wahlplakaten als „filzfreier, unabhängiger Sozialdemokrat" dargestellt und habe damit suggeriert, der offizielle SPD-Kandidat sei Teil einer SPD-Vetternwirtschaft. Diese Diffamierung des SPD-Kandidaten wiege umso schwerer, als sich in den letzten Jahren ein SPD-feindlicher Populismus breit gemacht habe, der sich gegen herrschende Politikerkreise richte. Er

heize die Stimmung gegen die SPD bewusst an. Wegen der weiteren Einzelheiten der Entscheidung wird auf diese Bezug genommen.

Gegen die Entscheidung der Kreisschiedskommission hat der Antragsgegner fristgerecht Berufung bei der Landesschiedskommission des Landesverbandes [...] eingelegt. Auf Grundlage einer mündlichen Verhandlung vom 28. April 2022 hat die Landesschiedskommission mit der Entscheidung vom gleichen Tag die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Kreisschiedskommission zurückgewiesen. Zur Begründung hat sie im Wesentlichen ausgeführt:

Zu Recht habe die Kreisschiedskommission auf den Ausschluss des Antragsgegners aus der Partei erkannt.

Zwar habe die Kreisschiedskommission unter Missachtung des § 4 Abs. 1 SchiedsO ohne weibliche Mitglieder in fehlerhafter Besetzung entschieden. Der Besetzungseinwand sei indes nach allgemeinen Verfahrensgrundsätzen präkludiert, da die fehlerhafte Besetzung der Kreisschiedskommission erstmals in der Berufung gerügt worden sei, obwohl sie bereits mit der Ladung zur mündlichen Verhandlung vor der Kreisschiedskommission mitgeteilt worden sei.

Der Antragsgegner habe durch seine Einzelkandidatur zur Wahl zum [...] im Wahlkreis 3 des Wahlkreisverbandes [...] vorsätzlich gegen die Statuten der Partei verstoßen. Gemäß § 6 Abs. 1 c der Schiedsordnung sei eine Kandidatur gegen die von der zuständigen Parteigliederung bereits beschlossene Nominierung für ein öffentliches Amt unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD. Der Antragsgegner habe der Partei schweren Schaden zugefügt, da er insbesondere durch den Inhalt seiner Wahlplakate den Eindruck erweckt habe, er stehe als „filzfreier, unabhängiger Sozialdemokrat“ für mehr Demokratie, während man Parteipolitiker aufgrund ihrer vielen Privilegien „in der Pfeife rauchen“ könne. Damit habe er Genossen, die für ein öffentliches Amt kandidieren, als gierig, verfilzt und „abhängig“ verächtlich gemacht und abgewertet. Ein milderer Mittel als der Parteiausschluss komme nicht in Betracht. Er habe bei der Anhörung vor der Landesschiedskommission deutlich gemacht, dass er auch zukünftig nicht von Einzelkandidaturen gegen nominierte Genossen absehen werde, da sein Recht zu kandidieren grundsätzlich nicht durch die Partei behindert werden dürfe. Der

Antragsgegner erkenne ein solidarisches Miteinander nicht an und respektiere demokratische Entscheidungsprozesse nicht. Wer diese Grundsätze wiederholt und beharrlich verletze, habe keinen Platz mehr in der SPD. In der Entscheidung der Landesschiedskommission ist folgende Rechtsmittelbelehrung enthalten: „Gegen diese Entscheidung ist gemäß § 26 SchiedsO das Rechtsmittel der Berufung zur Bundesschiedskommission gegeben.“

Der Antragsgegner legte am 23. Juni 2022 gegen die ihm am 1. Juni 2022 zugestellte zweitinstanzliche Entscheidung Berufung bei der Bundesschiedskommission ein. Er führt zur Berufungsbegründung im Wesentlichen folgendes aus:

Sein Verhältnis zur SPD sei über die Jahre in gewisser Weise „ambivalent“ und damit tiefgründiger geworden. Er setze sich seit einigen Jahren für mehr Transparenz und Begrenzung der Parteienfinanzierung sowie eine Reduzierung der Alimentierung von Abgeordneten ein. Seitdem werde er allerdings nicht mehr in „relevante“ Parteifunktionen gewählt.

Der Antragsgegner führt als „Hauptargument“ zur Begründung seiner Berufung an, dass der in diesem Parteiordnungsverfahren erstinstanzlich verhängte Parteiausschluss im Hinblick auf § 2 des Landesabgeordnetengesetzes [...] rechtswidrig und „illegal“ sei, und verweist auf den Wortlaut der vorgenannten Regelung, wonach niemand gehindert werden dürfe, sich um ein Mandat im [...] zu bewerben. Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie der Annahme und Ausübung eines Mandats seien unzulässig. Geschützt sei damit auch sein passives Wahlrecht. Die Unvereinbarkeitsregelung des § 6 Abs. 1 c Organisationsstatut stamme aus „vor demokratischen Zeiten“ und verstoße gegen § 2 des Landesabgeordnetengesetzes. Es sei keiner „Firma, Kirche oder sonstigen Institution“ erlaubt, jemanden zu diskriminieren oder eine Diskriminierung anzudrohen, der sich um ein Abgeordnetenmandat bewerbe. Das Verfahren habe insofern grundsätzliche Bedeutung, weil geklärt werden müsse, ob eine Partei das passive Abgeordnetenwahlrecht einschränken dürfe.

Ergänzend führt der Antragsgegner aus, dass er aufgrund des unveränderten Wahlvorschlages für die Wahl zum [...] von [...] beabsichtige, sich bei der

voraussichtlich am 12. Februar 2023 stattfindenden [...] -wahl um ein Mandat im [...] von [...] zu bewerben. Er plane für seine Kandidatur auch eine Plakatierung und hoffe, dass die Parteiführung in [...] innerparteiliche Lehren ziehe.

Zur Argumentation der Entscheidung der Landesschiedskommission, die aus seinen Plakaten schließe, dass er Genossen, die für ein öffentliches Amt kandidieren, als gierig, verfilzt und abhängig verächtlich gemacht und abgewertet habe, merkt er an, dass er sich als „filzfrei“ bezeichnet habe, weil er frei von direkten Abhängigkeiten sei. Er bringe damit nicht logischerweise zum Ausdruck, dass andere Genossinnen und Genossen „verfilzt“ seien. Nur wer „diesen Schuh trägt oder selbst anzieht“, könne sich getroffen fühlen.

Der Antragsgegner beantragt weiterhin, in diesem Parteiordnungsverfahren auch die Rolle des Kreisvorsitzenden des Antragstellers zum Gegenstand des Verfahrens zu machen, da dieser sich ständig satzungswidrig, undemokratisch und selbstherrlich verhalte. Er müsse mit einer angemessenen Ordnungsmaßnahme belegt werden.

Der Antragsgegner hat im Berufungsverfahren keinen förmlichen Antrag gestellt. Er beantragt sinngemäß,

die Entscheidung der Landesschiedskommission des Landesverbandes [...] vom 28. April 2022 zu ändern und festzustellen, dass sich der Antragsgegner eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht hat.

Der Antragsteller beantragt sinngemäß,

die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission des Landesverbandes [...] vom 28. April 2022 zurückzuweisen und den Antragsgegner aus der Partei auszuschließen.

Er verteidigt die angefochtene Entscheidung der Landesschiedskommission. Ergänzend führte er aus, dass der Antragsgegner in voller Absicht der Partei erheblichen Schaden zugefügt habe. Dies folge aus seiner Öffentlichkeitsarbeit bei der Wahl mit Plakaten und Flyern als auch mit öffentlichen Beschimpfungen des

Kreisvorsitzenden des Antragstellers zum Abschluss des Straßenwahlkampfes. Er habe nicht nur bei der Wahl zum [...] 2021 als Einzelbewerber gegen den von der Partei nominierten Bewerber kandidiert, sondern auch bei der Bundestagswahl. Allerdings habe er die erforderlichen Unterschriften nicht beibringen können.

Mit Urteil vom 16. November 2022 hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin (- 154/21 –, juris; auch veröffentlicht unter <https://www.berlin.de/gerichte/sonstige-gerichte/verfassungsgerichtshof>) die Wahlen zum [...] vom 26. September 2021 im gesamten Wahlgebiet für ungültig erklärt. Die [...]wahl muss spätestens 90 Tage nach der Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren stattfinden. Sie soll voraussichtlich am 12. Februar 2023 stattfinden.

Wegen der weiteren Einzelheiten und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die parteischiedsgerichtlichen Akten der Bundesschiedskommission sowie die beigezogenen Akten der vorinstanzlichen Verfahren Bezug genommen, die vorgelegen haben und Gegenstand der Beratung gewesen sind.

II.

Die Bundesschiedskommission konnte entsprechend ihrer ständigen Praxis – beruhend auf einem zu § 27 Abs. 2 Satz 2 Schiedsordnung - SchiedsO - gefassten Grundsatzbeschluss – im schriftlichen Verfahren entscheiden. Der zu beurteilende Sachverhalt ist im Wesentlichen geklärt und die Beteiligten streiten hauptsächlich über dessen parteiordnungsrechtliche Bewertung (vgl. u.a. BSK, Entsch. vom 18.08.2021 - 1/2021/P m.w.N.).

Die Berufung des Antragsgegners hat keinen Erfolg. Die zulässige Berufung (1.) ist unbegründet (2.).

1. Die Berufung des Antragsgegners zur Bundesschiedskommission ist zulässig. Die Bundesschiedskommission erachtet die nach § 26 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 SchiedsO statthafte Berufung des Antragsgegners zur Bundesschiedskommission als fristgerecht eingelegt und formal hinreichend begründet (§ 26 Abs. 3 i.V.m. § 25 Abs. 2 SchiedsO). Zwar hat der Antragsgegner die Berufung bei der Bundesschiedskommission erst am 23. Juni 2022, und damit nicht innerhalb von zwei

Wochen nach der Zustellung der Entscheidung der Landesschiedskommission am 1. Juni 2022 eingelegt. Die Bundesschiedskommission geht aber davon aus, dass der Lauf der Berufungsfrist (und Berufungsbegründungsfrist) hier nicht wirksam in Gang gesetzt wurde, weil die in der angefochtenen Entscheidung angefügte Rechtsmittelbelehrung nicht ordnungsgemäß war. Nach § 13 Abs. 5 SchiedsO müssen Entscheidungen der Schiedskommission eine Rechtsmittelbelehrung enthalten. Zwar regelt die vorgenannte Norm die Mindestanforderungen für eine ordnungsgemäße Rechtsbehelfsbelehrung nicht ausdrücklich. Die Rechtsmittelbelehrung muss aber, um ihrer Funktion gerecht zu werden, aus sich heraus verständlich sein und damit den Beteiligten über den Rechtsbehelf, das Parteischiedsgericht, bei dem der Rechtsbehelf anzubringen ist, den Sitz und die einzuhaltende Frist und welche sonstigen Formalien dabei zu beachten sind, schriftlich belehren. In der Rechtsprechung der Bundesschiedskommission ist dazu insbesondere geklärt, dass die Rechtsmittelbelehrung für den Rechtsbehelf einer Berufung zur Bundesschiedskommission auch die Adresse der Bundesschiedskommission enthalten muss. Die Rechtsmittelbelehrung muss aus sich heraus verständlich und zutreffend sein und dem betroffenen Parteimitglied die Rechtsmitteleinlegung ermöglichen, ohne erst Nachforschungen anstellen zu müssen, unter welcher Adresse die Bundesschiedskommission erreichbar ist (st. Rspr. BSK, Entsch. vom 20. März 2018 - 7/2017/P, vgl. etwa BSK, Entsch. vom 25. Januar 1990 – 15/1989/P, Entsch. vom 30. November 2017 - 2/2017/P mit näheren Ausführungen zu den Rechtsfolgen einer fehlerhaften Belehrung). Gemessen an diesen Anforderungen wird die in der angegriffenen Entscheidung der Landesschiedskommission des Landesverbandes [...] enthaltene Rechtsmittelbelehrung den vorgenannten Mindestanforderungen nicht gerecht. Sie ist aus sich heraus nicht verständlich und verweist auf § 26 SchiedsO und das Rechtsmittel der Berufung zur Bundesschiedskommission. Ohne nähere Nachforschungen war es daher dem Antragsgegner insbesondere nicht ersichtlich, welche Einlegungsfrist er einzuhalten hat, wo die Bundesschiedskommission ihren Sitz hat und unter welcher Adresse sie erreichbar ist.

2. Die Berufung des Antragsgegners ist unbegründet. Nach der aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung und Bemessungsentscheidung der Bundesschiedskommission ist der Antragsgegner nach § 10 Abs. 4 PartG und § 35 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 Organisationsstatut

(OrgStatut) der SPD aus der Partei auszuschließen, weil er vorsätzlich gegen die Statuten der SPD verstoßen hat, für die Partei dadurch schwerer Schaden entstanden ist (vgl. dazu näher a.) und der Ausschluss des Parteimitgliedes nach der Ermessensentscheidung der Bundesschiedskommission zum Schutz des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Partei erforderlich ist (vgl. dazu näher b.).

a. Der Antragsgegner hat vorsätzlich gegen die Statuten der SPD verstoßen und der Partei ist dabei schwerer Schaden entstanden.

aa. § 10 Abs. 4 PartG und § 35 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Abs. 1 OrgStatut der SPD trennen zwischen verschiedenen Tatbeständen, die in einem Parteiordnungsverfahren zum Parteiausschluss führen können. Ein Mitglied kann dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung (Statuten der SPD) verstößt. Statuten sind jedenfalls das Organisationstatut und sonstige Satzungen der SPD als rechtlich gefasste organisatorische Grundordnungen der Partei (vgl. BSK, Entsch. vom 8.4.2019 – 1/2019/P m.w.N.). Die Einschätzung, ob ein bestimmtes Verhalten die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt, ist im Hinblick darauf, dass der Grundsatz der Parteienfreiheit des Art. 21 Abs. 1 GG in personeller Hinsicht auch die Entscheidung über den Ausschluss von Mitgliedern verbürgt, in erster Linie den Parteien und innerhalb derer den nach § 10 Abs. 5 Satz 1 PartG zuständigen Parteischiedsgerichten vorbehalten (vgl. näher BVerfG, Beschluss vom 27. Mai 2020 – 2 BvR 121/14 –, NVwZ-RR 2020, 665, juris Rn. 38-40 zur eingeschränkten Kontrolldichte staatlicher Gerichte).

Zu den Statuten gehört auch die Regelungen des § 6 Abs. 1 c OrgStatut und § 20 Abs. 3 SchiedsO.

Nach § 6 Abs. 1 OrgStatut sind verschiedene (unsolidarische) Verhaltensweisen mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar. Nach § 6 Abs. 1 c OrgStatut ist die Kandidatur gegen die von den zuständigen Parteigliederungen bereits beschlossenen Nominierungen für ein öffentliches Amt oder Mandat mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar. Gibt ein Mitglied mit seiner Kandidatur als Einzelbewerber dieser Vorrang vor der von der zuständigen Parteigliederung bereits beschlossenen Nominierung für ein öffentliches Mandat und tritt er damit in Konkurrenz zu dem von der Partei

aufgestellten Bewerber, wird nicht nur das Bild der Partei in der Öffentlichkeit, sondern auch das Schutzgut des demokratischen innerparteilichen Willensbildungsprozesses der Partei beeinträchtigt (vgl. BSK, Entsch. vom 1. Oktober 2008 – 3/2008/P). In einem solchen Fall verweist § 6 Abs. 3 OrgStatut für das Verfahren auf § 20 SchiedsO. Liegt eine unsolidarische Kandidatur als Einzelbewerberin oder Einzelbewerber nach § 6 Abs. 1 c OrgStatut – also für den hier zu beurteilenden Streitfall – vor, so gelten die Bestimmungen des Parteiordnungsverfahrens sowie die Verhängung von Sofortmaßnahmen der §§ 6 und 18 ff. der Schiedsordnung. Daraus folgt indessen nicht, dass in den Fällen einer Kandidatur gegen die von der zuständigen Parteigliederung bereits beschlossene Nominierung lediglich die verfahrensrechtlichen Bestimmungen der Schiedsordnung gelten. Vielmehr bedarf es aufgrund der satzungsrechtlich nicht abdingbaren gesetzlichen Regelung des § 10 Abs. 4 PartG des Nachweises eines vorsätzlichen Verstoßes gegen die Satzung, durch den der Partei schwerer Schaden zugefügt wird (vgl. näher BSK, Entsch. vom 30. November 2017 -2/2017/P). Ob diese Voraussetzungen vorliegen und über den Ausschluss entscheidet das nach der Schiedsordnung zuständige Schiedsgericht (vgl. § 10 Abs. 5 Satz 1 PartG).

Die vorgenannten Voraussetzungen liegen hier vor. Zutreffend haben die vorinstanzlichen Schiedskommissionen angenommen und im Einzelnen ausgeführt, dass der Antragsgegner durch seine als unsolidarisch zu bewertende Einzelkandidatur zur Wahl zum [...] im Wahlkreis [...] gegen die Statuten der Partei verstoßen hat. Für diese Wahl hatte die SPD [...] als zuständige Parteigliederung am 13. Februar 2021 auf einer Delegiertenversammlung mit großer Mehrheit den Genossen [...] nominiert. Mit seiner Kandidatur (als SPD Mitglied) als Einzelbewerber gegen den von der SPD nominierten Kandidaten hat der Antragsgegner in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, dass der innerparteiliche Willensbildungsprozess bei der Kandidatenfindung, an der er sich nicht einmal als innerparteilicher Kandidat zur Wahl gestellt hat, unwichtig sei und die Bindung an die dafür geltende Regelung in die Beliebigkeit des SPD Mitglieds gestellt sei.

Der Antragsgegner hat auch vorsätzlich gegen die Satzungsregelung des § 6 Abs. 1 c OrgStatut verstoßen. Vorsatz schließt nach den allgemeinen Regeln den bedingten Vorsatz ein. Neben der absichtlichen Verletzung der Ordnung reicht es folglich aus, dass ein Verstoß bei der Verfolgung anderer Ziele lediglich billigend hingenommen wird (BSK, Entsch. vom 31. Juli 2020 - 1/2020/P; Kersten/Rixen, PartG, 2009, § 10

Rn. 31 m.w.N.). Davon ist hier auszugehen. Dem Antragsgegner waren die Statutenregelungen über unsolidarische Einzelkandidaturen gegen die von der zuständigen Parteigliederung bereits vorgenommene Nominierung für ein öffentliches Mandat jedenfalls aus dem vorausgegangenen Parteiordnungsverfahren und dem dort geschlossenen Vergleich bekannt. Die erstinstanzliche Schiedskommission hat auf diese Statutenregelung in ihrem auch an den Antragsgegner gerichteten Hinweisschreiben vom 31. August 2021 nochmals aufmerksam gemacht. Der Antragsgegner hat mit seiner (aufrechterhaltenen) Kandidatur zur Wahl zum [...] von [...] als Einzelbewerber einen Verstoß gegen die Statutenregelung der SPD zumindest billigend in Kauf genommen.

bb. Die Landesschiedskommission hat im Ergebnis auch zu Recht angenommen, dass durch das Verhalten des Antragsgegners der Partei schwerer Schaden zugefügt wurde.

Der schwere Schaden i.S. vom § 10 Abs. 4 PartG und § 35 Abs. 3 Satz 1 OrgStatut setzt keine nachgewiesenen Einbußen materieller Art oder in Bezug auf Wählerstimmen voraus, sondern kann auch in einer Schädigung des Ansehens oder der Glaubwürdigkeit der Partei liegen (BGH, Urteil vom 14.3. 1994 - II ZR 99/93 -, juris Rn. 27; BSK, Entsch. vom 2. April 2004 – 1/2004/P und Entsch. vom 31. Juli 2020 – 1/2020/P).

Nach den Umständen dieses Einzelfalles hat die unsolidarische Kandidatur des Antragsgegners als Einzelbewerber bei der [...]wahl das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Partei nach ihrem Selbstverständnis und ihrer Interessenslage sowie ihre lokale politische Durchsetzungskraft beeinträchtigt. Dabei bedarf es keiner Entscheidung der Bundesschiedskommission, ob die vom Antragsgegner kritisierte Bewertung zutrifft, dass das von ihm verwendete Wahlplakat („filzfreier, unabhängiger Sozialdemokrat“) den auf den Wahlvorschlag der SPD aufgestellten Kandidaten als verfilzt und abhängig verächtlich gemacht hat. Der schwere immaterielle Schaden für die SPD liegt hier jedenfalls darin begründet, dass durch die unsolidarische Einzelkandidatur des Antragsgegners als SPD Mitglied, der sich im Wahlkampf als „unabhängiger Sozialdemokrat“ beworben hat gegen die von der SPD [...] beschlossene Nominierung des Genossen [...] in der Öffentlichkeit der Eindruck einer zerrissenen, in Personalfragen zerstrittenen Partei erweckt wird. Mit seiner Kandidatur

gegen den von der SPD [...] nominierten Kandidaten hat der Antragsgegner in der Öffentlichkeit überdies den Eindruck erweckt, dass ihm der innerparteiliche Willensbildungsprozess bei der Kandidatenfindung in der SPD unwichtig ist und die Bindung an die dafür geltenden Regeln in die Beliebigkeit jedes SPD Mitglieds gestellt sei (vgl. BSK, Entsch. vom 1. Oktober 2008 – 3/2008/P). Der Umstand, dass auf den Wahlkreisvorschlag der SPD hin [...] trotz der konkurrierenden Kandidatur des Antragsgegners als Wahlkreisabgeordneter gewählt wurde, lässt den für die Partei entstandenen immateriellen Schaden nicht entfallen, zumal das Ergebnis der [...]wahl derzeit noch aussteht.

b. Nach Auffassung der Bundesschiedskommission ist - in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Ahndung der erstinstanzlichen und zweitinstanzlichen Schiedskommissionen - nach dem Gesamtergebnis der in dem Verfahren gewonnenen Überzeugung auf den Ausschluss des Antragsgegners aus der Partei und damit auf die Höchstmaßnahme des § 35 Abs. 2 Nr. 4 OrgStatut zu erkennen.

Auf der Rechtsfolgenseite regelt § 35 Abs. 2 OrgStatut verschiedene Arten zulässiger Ordnungsmaßnahmen. Sofern das Verhalten eines Mitglieds den Tatbestand des § 10 Abs. 4 PartG bzw. § 35 Abs. 3 Satz 1 OrgStatut erfüllt, „kann“ es ausgeschlossen werden. Die Parteischiedsgerichte üben daher bei der Verhängung von Ordnungsmaßnahmen ein Ermessen aus, bei dem insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit näher zu prüfen ist (BSK, Entsch. vom 31. Juli 2020 - 1/2020/P Ls. 3; Risse, Der Parteiausschluss, S. 162 f.). Dabei ist es grundsätzlich Sache der Parteischiedsgerichte, darüber zu entscheiden, ob es der Schutz des Ansehens und der Glaubwürdigkeit oder die Verhinderung eines sonstigen Schadens für die Partei erfordert, dass die dauerhafte Trennung von einem Parteimitglied erfolgt, sonstige Sanktionen ergriffen werden oder diese verzichtbar sind (BSK, Entsch. vom 31. Juli 2020 - 1/2020/P, Ls. 3; vgl. BVerfG, Beschluss vom 27.5.2020 – 2 BvR 121/14 –, NVwZ-RR 2020, 665, juris Rn. 54). Die Bundesschiedskommission überprüft dabei nicht lediglich, ob die Maßnahme, auf welche die vorinstanzlichen Schiedskommissionen erkannt haben, frei von Ermessensfehlern ist, sondern übt dabei im Rahmen des § 35 Abs. 2 OrgStatut eigene Ahndungsgewalt aus und kann im Rahmen des Berufungsverfahrens eine eigenständige Ermessens- und Bemessungsentscheidung über die Maßnahme, auf die erkannt wird, treffen (vgl. BSK,

Entsch. vom 1. Oktober 2008- 3/2008/P; ähnlich zum Disziplinarrecht u.a. OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 28. Oktober 2021 – OVG 80 D 5/20 –, DÖV 2022, 256 (Leitsatz) u. juris Rn. 32; BVerwG, Beschluss vom 20. Oktober 2011 – 2 B 86/11 –, juris Rn. 7 m.w.N.).

Die Bundesschiedskommission kann in diesem Berufungsverfahren über den Ausschluss des Antragsgegners aus der Partei als Maßnahme i.S.d. § 35 Abs. 2 OrgStatut in der Sache entscheiden, obwohl die Kreisschiedskommission, die als erstinstanzliche Schiedskommission auf die Maßnahme des Parteiausschlusses erkannt hat, bei der Entscheidung vom 15. Dezember 2021 möglicherweise nicht statutenmäßig besetzt war. Die Kreisdelegiertenkonferenz des Antragstellers als örtlicher Parteitag hatte bei der Wahl des Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter allein Personen männlichen Geschlechtes gewählt und infolgedessen wirkten bei der nach § 4 Abs. 1 Satz 1 SchiedsO besetzten erstinstanzlichen Entscheidung drei Männer mit. Nach § 4 Abs. 1 Satz 2 SchiedsO müssen im Spruchkörper aber beide Geschlechter (zum Geschlecht jenseits von männlich oder weiblich vgl. BVerfG, Beschluss vom 10. Oktober 2017 – 1 BvR 2019/16 –, BVerfGE 147, 1, juris Rn. 56 ff. u. Rn. 66) vertreten sein, was mit Rücksicht auf das Gleichberechtigungsgebot (vgl. Art. 3 Abs. 2 GG) legitimiert ist. Dies ist jedoch für die Rechtmäßigkeit der abschließenden Entscheidung über die hier zu erkennende Maßnahme unerheblich, denn wie zuvor ausgeführt, übt die Bundesschiedskommission im Rahmen des § 35 Abs. 2 OrgStatut eigene Ahndungsgewalt aus und hat in dieser Berufungsentscheidung eine eigenständige Ermessens- und Bemessungsentscheidung über die Maßnahme, auf die erkannt wird, zu treffen. Bei dieser Berufungsentscheidung ist der Spruchkörper der Bundesschiedskommission nach § 4 Abs. 1 Sätze 1 und 2 SchiedsO vorschriftsmäßig besetzt, denn in ihm sind beide Geschlechter, nämlich der Vorsitzende und die beiden Stellvertreterinnen, vertreten.

Nach der Bewertung der Bundesschiedskommission ist auf Ausschluss des Antragsgegners aus der Partei und damit auf die Höchstmaßnahme des § 35 Abs. 2 Nr. 4 OrgStatut zu erkennen.

Zugunsten des Antragsgegners ist hier zwar der Umstand anzuführen, dass er ein langjähriges Mitglied der SPD ist, inzwischen seit 46 Jahren. Positiv kann weiter angeführt werden, dass er sich im erheblichen Maße ehrenamtlich betätigt hat und

dabei seine inhaltlichen Positionen aktiv in die innerparteiliche Diskussion der SPD [...] eingebracht hat. Dass er sich dabei, wie er in diesem Berufungsverfahren nochmals betont hat, für (innerparteiliche) Transparenz, demokratische Strukturen in der Partei und eine stärkere Begrenzung der Parteienfinanzierung sowie Veränderungen bei der Alimentierung von Abgeordneten eingesetzt hat und es dabei offenbar zu innerparteilichen Differenzen mit der örtlichen Parteiführung gekommen ist, führt zu keiner anderen Bewertung. Denn innerparteiliche Demokratie bedeutet in der SPD als demokratische Volkspartei (vgl. Satz 1 der Präambel des OrgStatut) Pluralität, nicht Konformität der Meinungen. In politischen Auseinandersetzungen um den „richtigen Weg“ der Gesellschaft oder der SPD müssen auch starke Meinungsäußerungen grundsätzlich hingenommen werden (BSK, Entsch. vom 31. Juli 2020 - 1/2020/P -, BSK, Entsch. vom 12.10.2009 – 1/2009/P).

Gleichwohl ist der Ausschluss des Antragsgegners und damit die dauerhafte Trennung von dem Parteimitglied zum Schutz des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Partei angesichts des erheblichen Fehlverhaltens durch die unsolidarische Kandidatur als Einzelbewerber bei der Wahl zum [...] von [...] gerechtfertigt.

Eine statutenrechtliche Orientierung bietet hier § 6 Abs. 1 c OrgStatut. Die (unsolidarische) Kandidatur gegen die von den zuständigen Parteigliederungen bereits beschlossene Nominierung für ein öffentliches Mandat ist nach dieser Satzungsregelung mit der Mitgliedschaft in der SPD „unvereinbar“. Hieraus folgt, dass es bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen dieser Norm und des § 10 Abs. 4 PartG in der Regel – vorbehaltlich einer abweichenden Bewertung der Gesamtumstände und etwaiger atypischer Umstände des Einzelfalles - intendiert ist, das Mitglied aus der Partei auszuschließen.

Der Ausschluss ist hier geeignet und erforderlich, weil mildere Mittel zur Verfolgung des Ordnungszweckes und zum Schutz des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Partei nicht zur Verfügung stehen. Der Antragsteller hat bereits 2017 versucht, gegen den von der SPD [...] mit großer Mehrheit nominierten Kandidaten [...] zur Bundestagswahl im Bundestagswahlkreis [...] zu kandidieren. Er hat die im nachfolgenden Parteiordnungsverfahren im Vergleich vom 9. April 2018 eingegangene Verpflichtung „in Zukunft nicht gegen eine vom Antragsteller beschlossene Nominierung für ein öffentliches Amt oder Mandat zu kandidieren“ mit seiner Kandidatur bei der Wahl für das [...] von [...] als Einzelbewerber verletzt. Überdies hat

er in der mündlichen Verhandlung vor der Landesschiedskommission der Sache nach deutlich gemacht, dass er auch zukünftig nicht von Einzelkandidaturen gegen von zuständigen Parteigliederungen bereits nominierte Kandidaten für ein Mandat absehen werde. Er hat ausdrücklich hervorgehoben, dass er ein Recht auf eine solche Kandidatur zu einer Wahl habe und dass dieses Recht durch die Parteien nicht behindert werden dürfe. Angesichts dessen ist eine mildere Maßnahme, etwa die Erteilung einer Rüge oder das zeitweilige Ruhen seiner Rechte aus der Mitgliedschaft, keine hinreichende Maßnahme, um parteiordnungsrechtlich auf den Antragsgegner als SPD-Mitglied einzuwirken. Der Parteiausschluss ist auch verhältnismäßig im engeren Sinne.

Entgegen der Rechtsansicht des Antragsgegners ist sein Parteiausschluss in diesem Parteiordnungsverfahren wegen eines vorsätzlichen Verstoßes gegen die Satzungsregelung des § 6 Abs. 1 c OrgStatut und § 20 Abs. 3 SchiedsO mit dem von ihm geltend gemachten Behinderungsverbot in § 2 Abs. 1 des Landesabgeordnetengesetzes [...] (LAbG), dessen Regelungsgehalt mit Art. 48 Abs. 2 Satz 1 GG sachlich übereinstimmt, vereinbar.

Nach § 2 Abs. 1 LAbgG darf niemand gehindert werden, sich um ein Mandat im [...] zu bewerben, es zu übernehmen oder auszuüben. Das dort geregelte Behinderungsverbot wirkt nach Wortlaut und normativem Sinn gegenüber jedem. Es richtet sich an den Staat wie auch an Private (vgl. BGH, Urteil vom 2. Mai 1985 – III ZR 4/84 –, juris Rn. 11; Jarass/Kment, GG, 17. Aufl., Art. 48 Rn. 2) und damit auch an politische Parteien als frei gebildete, im gesellschaftlich-politischen Bereich wurzelnde Gruppen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 27. Mai 2020 – 2 BvR 121/14 – juris Rn. 38) einschließlich ihrer Parteischiedsgerichte. In zeitlicher Hinsicht ist die Norm hier einschlägig, denn der Antragsgegner bewirbt sich auch gegenwärtig um ein Mandat im [...] zu [...]. Mit Urteil vom 16. November 2022 hat der Verfassungsgerichtshof des Landes [...] (- 154/21 – juris) die Wahlen zum [...] vom 26. September 2021 im gesamten Wahlgebiet für ungültig erklärt. Der Antragsgegner hat im Berufungsverfahren vor der Bundesschiedskommission bestätigt, dass er sich bei der [...]wahl, die voraussichtlich am 12. Februar 2023 stattfindenden wird, um ein Mandat im [...] bewirbt. Gleichwohl stellt der im Parteiordnungsverfahren erkannte Parteiausschluss des Antragsgegners keine Verletzung des Behinderungsverbots dar. § 2 Abs. 1 LAbgG ist dahin auszulegen, dass das Behinderungsverbot nur durch eine Verhaltensweise beeinträchtigt wird, die die Bewerbung, die Übernahme oder

Ausübung eines Mandats gezielt erschweren oder unmöglich machen soll. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – die auf § 2 Abs. 1 LAbgG übertragbar ist - wird der Anwendungsbereich des Art. 48 Abs. 2 GG aber nur durch ein Verhalten berührt, das die Übernahme oder Ausübung des Abgeordnetenmandats erschweren oder unmöglich machen soll, nicht aber durch eine Regelung, die in eine andere Richtung zielt und nur unvermeidlicher Weise die tatsächliche Folge oder Wirkung einer Beeinträchtigung der Freiheit der Mandatsübernahme und Ausübung hat (BVerfG, Beschluss vom 6. Dezember 2021 – 2 BvR 2164/21 –, NVwZ 2022, 64, juris Rn. 33; vgl. BVerfG, Beschluss vom 21. September 1976 – 2 BvR 350/75 –, NJW 1976, 2123, juris Rn. 50; siehe auch BGH, Urteil vom 2. Mai 1985 – III ZR 4/84 –, NJW 1985, 2635, juris Rn. 14). Behinderungen mit anderen Zielsetzungen, etwa aus disziplinarrechtlichen Gründen, werden von dem Behinderungsverbot nicht erfasst (vgl. BVerwG, Urteil vom 1. Februar 1989 – 1 D 2/86 –, NJW 1989, 2554, juris Rn. 46; Jarass/Kment, GG, 17. Aufl., Art. 48 Rn. 3).

Gemessen an diesem Maßstab verletzt der im hiesigen Parteiordnungsverfahren gegen den Antragsgegner ausgesprochene Parteiausschluss nicht das Behinderungsverbot. Durch diese parteiordnungsrechtliche Maßnahme wird dem Antragsgegner die Bewerbung um ein Mandat im [...] als Einzelbewerber im rechtlichen Sinne nicht erschwert oder unmöglich gemacht. Es ist dem Antragsgegner grundsätzlich weiter unbenommen, sich für ein Mandat im [...] zu bewerben (vgl. BSK, Entsch. vom 1. Oktober 2008 – 3/2008/P). Das Parteiordnungsverfahren, das wegen eines vorsätzlichen Verstoßes gegen die Satzungsregelung des § 6 Abs. 1 c OrgStatut und § 20 Abs. 3 SchiedsO hier zum Parteiausschluss führt, hat eine andere Richtung. Es zielt nicht auf eine Behinderung der Bewerbung des Antragstellers um ein Mandat im [...] ab, sondern auf die Überprüfung der Vereinbarkeit des Verhaltens des Parteimitgliedes mit seinen mitgliedschaftlichen Pflichten im Hinblick auf eine (unsolidarische) Kandidatur als Einzelbewerber. Jedes Mitglied der SPD hat nach § 5 Abs. 1 Satz 1 OrgStatut die Pflicht, die Ziele der sozialdemokratischen Partei zu unterstützen. Dazu gehört auch, die mit der Mitgliedschaft grundsätzlich unvereinbare unsolidarische Einzelkandidatur gegen die von der zuständigen Parteigliederung bereits beschlossene Nominierung für ein Abgeordnetenmandat zu unterlassen. Ziel der Regelung ist es, in der Partei den innerparteilichen Willensbildungsprozess bei der Nominierung für öffentliche Mandate zu sichern und zu gewährleisten, dass sein Ergebnis nicht durch die Kandidatur von Parteimitgliedern als Einzelbewerberin und

Einzelbewerber bei Wahlen konterkariert wird. Der Ausschluss aus der SPD macht es dem Antragsgegner nicht unmöglich, sich um ein Mandat im [...] zu bewerben. Er kann dies nur nicht mehr als SPD Mitglied tun, mit der Folge, dass eine Kandidatur als Einzelbewerber in der Öffentlichkeit objektiv nicht mehr mit der Zuordnung zur SPD als Partei verbunden werden kann.

3. Der Antragsgegner begehrt in diesem gegen ihn eingeleiteten Parteiordnungsverfahren, auch ein vom ihm behauptetes Verhalten des Kreisvorsitzenden des Antragstellers zum Gegenstand des Verfahrens zu machen und es parteiordnungsrechtlich zu bewerten und zu ahnden. Ein solcher Antrag ist bereits unzulässig. Zum einen ist das (behauptete) Verhalten des Vorgenannten nicht Streitgegenstand des hiesigen Parteiordnungsverfahrens. Zum anderen kann ein Antrag auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens nur von einer Gliederung oder dem Parteivorstand gestellt werden (vgl. § 6 Abs. 1 SchiedsO) und nicht vom Antragsteller als (ehemaliges) Mitglied der Partei.

4. Mit Zustellung dieser Entscheidung wird der Parteiausschluss des Antragsgegners endgültig wirksam (vgl. BSK, Entsch. vom 31. Juli 2020 –1/2020/P-).

(Dr. A. Thorsten Jobs)